

Schweiz

25.06.2007 -- Tages-Anzeiger Online

Amnesty-Kritik provoziert die Polizei

Die Menschenrechtsorganisation zeigt sich besorgt über die Gewalt in kantonalen Polizeikorps. Verantwortliche sind empört und halten den Bericht von Amnesty für unseriös.

Von Verena Vonarburg, Bern

Ein paar zehntausend Mal pro Jahr schreitet die Polizei in der Schweiz ein – das reicht von simplen Ausweiskontrollen bis hin zu gewaltsamen Konfrontationen bei Ausschreitungen. In der Regel scheinen die Polizisten ihre Arbeit angemessen zu erledigen. «Die meisten Interventionen sind korrekt, und es kommt zu keinen Menschenrechtsverletzungen.» Das behauptet nicht etwa die Polizei selbst, sondern das stellt Denise Graf von Amnesty International (AI) fest, nachdem sie während drei Jahren der Frage von Polizeigewalt in der Schweiz nachgegangen ist.

Trotz dieses allgemein positiven Befunds listet Amnesty aber 30 Fälle der letzten sechs Jahre als Verfehlungen auf und zeigt sich besorgt über Klagen wegen unverhältnismässiger Polizeigewalt: Betroffen seien vor allem Asylbewerber, Schwarze, Mitglieder der Anti-Globalisierungsbewegung sowie Fussballfans. Amnesty hält auch fest, bei den 30 geschilderten Beispielen handle es sich nur um eine Auswahl; präzise Zahlen zu Polizeiübergriffen fehlen.

In den meisten Fällen, kritisiert die Menschenrechtsorganisation ausserdem, kämen die verantwortlichen Polizisten jeweils ohne Strafe davon. Als Ursache wird eine fehlende Unabhängigkeit von Strafrichtern gegenüber der Polizei ins Feld geführt.

Stimmt nicht, sagt die Polizei

Die attackierten Polizeiverantwortlichen reagieren heftig auf die Vorwürfe. Karin Keller-Sutter, Vizepräsidentin der Konferenz der kantonalen Polizei- und Justizdirektoren, weist die Kritik in aller Form zurück: Der Polizei werde unterstellt, sie agiere unverhältnismässig und sei latent rassistisch. Auch den Vorwurf, fehlbare Polizisten blieben immer wieder ungestraft, lässt die St. Galler Polizeidirektorin nicht gelten. «Ich kenne keine andere Abteilung des Staates, wo so genau hingeschaut und geahndet wird.» Auch Beat Hensler, Präsident der kantonalen Polizeikommandanten hält es für «fragwürdig», wenn Amnesty behaupte, Gerichte würden jenseits des Rechtsstaates Polizisten schonen. Der Bericht sei unseriös, sagt Hensler: Fälle würden einseitig und teilweise falsch dargestellt.

Trotz dieser verbalen Konfrontation sieht aber auch Amnesty positive Zeichen in Polizeikorps und benennt sie: Beispiel Neuenburg. Sein Korps habe in den letzten zehn Jahren – nach einer Zeit der Krise – versucht, «in einem Geist strikten Respekts vor den berufsethischen Regeln» zu arbeiten, sagt der Neuenburger Kommandant André Duvillard. Jeder Polizist müsse sich verpflichten, einen Ethikcodex zu befolgen.

Zürich als Problemfall?

«Potential für Verbesserungen» sehen die Menschenrechtler dagegen in Zürich, Bern, Basel-Stadt, Solothurn, Waadt und Genf. An runden Tischen möchte man der Polizei Empfehlungen überbringen. In Bezug auf Zürich sagt Denise Graf «wäre es gut, wenn die Polizei an Sensibilisierung im Umgang mit ethnischen Minderheiten zulegen würde.» Das betreffe vor allem ungerechtfertigte Ausweiskontrollen von Schwarzen. Amnesty bekomme «relativ viele Hinweise auf problematische Fälle in Zürich.» Erich Maag, Mediensprecher der Stadtpolizei Zürich weist die Amnesty-Kritik zurück: «Uns liegt viel daran, alle Personen gleich korrekt zu behandeln.» Es sei

«nicht so, dass wir jemanden kontrollieren, weil er schwarz ist. Aber an speziellen Orten zu speziellen Zeiten trifft man eben auf Leute, die schwarz sind und kontrolliert werden.» Der Umgang mit ethnischen Minderheiten sei bei der Polizei gesamtschweizerisch sogar ein Prüfungsfach: «Die angehenden Polizisten müssen darüber Bescheid wissen, sonst werden sie nicht Polizisten.»

Ob ein runder Tisch in Zürich zustande kommt, ist zweifelhaft: Polizeivorsteherin Esther Maurer habe aus Termingründen abgesagt, heisst es bei Amnesty. Und auch Polizeikommandant Philipp Hotzenköcherle sei nicht abkömmlich, meldet Polizei-Sprecher Maag.